

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVVII/206

25. Oktober 1972

Im Zeichen enger Freundschaft

---

Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heinemann in Großbritannien

Seite 1 und 1a / 59 Zeilen

Pionier der Schul- und Hochschulpolitik

---

Zum Tod des früheren Kultusministers von Hessen, Prof. Dr. Ernst Schütte

Seite 2 und 2a / 54 Zeilen

Ständiger Ausschuß keine Spektakelbühne

---

Ein notwendiges Vorwort zur Sitzung vom 30. Oktober

Von Karl Wichand  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im VI. Bundestag

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Heinrich Böll und die Hinterwäldler

---

Ein Nachwort zur Verleihung des Literatur-Nobelpreises

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 130 406  
Pressehaus 1, Zimmer 317-224  
Telefon: 22 80 57 - 38  
Telex: 880 848 / 880 847/  
880 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Im Zeichen enger Freundschaft

Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heinemann in Großbritannien

Mit dem Besuch des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann in Großbritannien beginnt ein neues Kapitel im Buch der wechsellvollen und spannungsreichen deutsch-britischen Geschichte. Es wird vom Geist loyaler Partnerschaft, guter Freundschaft und enger Zusammenarbeit innerhalb der nun auf neun Staaten erweiterten EWG geprägt sein.

Viele Jahre lang hat es gedauert bis die Schatten wichen, die über den Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lagen. Der erste Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten, jener von Prof. Theodor Heuß, stand noch im Zeichen düsterer Erinnerungen und vergangenheitsbezogener Ressentiments; die britische Presse nahm damals von diesem Besuch keine Kenntnis, überall begegnete Heuß als Repräsentanten eines Volkes, in dessen geschändetem Namen in der Mitte dieses Jahrhunderts Schreckliches geschah, kühle Ablehnung.

Wie anders heute nach 14 Jahren. Schon der vor sieben Jahren erfolgte Deutschland-Besuch der britischen Königin Elisabeth brachte eine Wandlung und schuf eine Atmosphäre, in der sich das deutsch-britische Verhältnis von den Schlacken der Vergangenheit befreien und sich gemeinsamen Aufgaben zuwenden konnte. Daß sich die Tür zum Eintritt dieses Inselstaates in die EWG doch noch öffnete und nun die unerläßliche Mitwirkung Großbritanniens beim Aufbau und der Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft gesichert ist, kam durch die aktive Mitwirkung der Regierung Brandt/Scheel zustande. Das blieb in England nicht unvorgessen. Es förderte die Aussöhnung und stärkte das Bewußtsein beider Völker, daß sie, um mit Heinemann zu sprechen, nur gemeinsam Freiheit und Recht wahren und unser Leben gestalten können.

Bundespräsident Heinemann fand und findet während seines

Staatsbesuchs überall ein freundliches Willkommen. Hochachtung und Wertschätzung, die dieser untadeligen Persönlichkeit gelten, verbinden sich mit einer Würdigung der Bundesrepublik Deutschland, deren Leistungen, deren Beiträge für die Befriedung Europas und für eine Politik, die die Basis gegenseitigen Vertrauens erweitert und dem Geist der Zusammenarbeit belebende Impulse verleiht.

Großbritannien fällt aufgrund seiner Geschichte, seiner demokratischen Tradition, seiner weltweiten Verbindungen und seiner Bedeutung als europäische Industrienation eine große Rolle bei der Gestaltung der europäischen Angelegenheit zu. Es hat der EWG viel zu geben, aber es wird dabei auch viel gewinnen. Die Bereiche, mit denen ein Staat allein nicht mehr fertig werden kann, weiten sich aus, und daraus resultiert die wachsende Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und gemeinsamen Anstrebens. Neue Horizonte internationaler Kooperation tun sich auf. Es gilt dabei, gute nationale Werte zu bewahren, aber auch den Blick offen zu halten für neue Entwicklungen und alle bedrohenden Gefahren.

Wie sagte doch Heinemann? Das deutsche Volk schätzt sich glücklich, Großbritannien zu den Partnern zu zählen, mit denen es gemeinsam an die neuen Aufgaben herangehen kann, die in Europa vor uns liegen. Hier öffnen sich, gerade für die junge Generation, die in das letzte Drittel dieses Jahrhunderts hineingewachsen ist, breite und hellere Perspektiven. Deutsch-britische Zusammenarbeit mit allen Staaten in der EWG zeichnet schon heute die Konturen eines Europas, dem nach menschlichem Ermessen in Zukunft die Schrecken von verheerenden Kriegen erspart bleiben dürften.

(ae/25.10.1972/bgy/ja)

+ + +

Pionier der Schul- und Hochschulpolitik

Zum Tode des früheren Kultusministers von  
Hessen, Prof. Dr. Ernst Schütte

Professor Dr. Ernst Schütte tödlich verunglückt: Diese Nachricht traf am späten Nachmittag des 24. Oktober aus Ankara im hessischen Kultusministerium ein. Sie löste Erschrecken und Trauer bei seinen früheren Mitarbeitern aus.

Erst vor drei Jahren war Schütte - im Alter von damals 65 Jahren - auf eigenen Wunsch in den Ruhestand getreten. Seine Amtszeit hatte etwas mehr als ein Jahrzehnt gedauert. In dieser oft stürmischen Epoche seines Lebens war es ihm gelungen, entscheidende Entwicklungen der Schul- und Hochschulpolitik in Gang zu setzen.

Kaum ein Kultusminister vor ihm wurde von politischen Gegnern so heftig angegriffen, kaum ein anderer hatte es aber auch verstanden, so beharrlich durchzusetzen, was auf dem Gebiete des Bildungswesens erforderlich schien. Dabei hatte er es nicht allein mit den unterschiedlichen Bestrebungen von Lehrerverbänden zu tun, die es zu überzeugen galt. Er stellte sich als einer der ersten der Diskussion mit Eltern, Schülern, Studenten und Professoren. Auf allen Ebenen wußte er Verhandlungen über Jahre hinweg mit Geduld und Geschick zu führen, bis er die Zustimmung demokratischer Mehrheiten fand.

Das Wirken dieses hervorragenden Kultusministers kann am deutlichsten an seinen Erfolgen gemessen werden. Da war zunächst die langwierige Vorbereitung einer Schulreform, wie sie seit den Bemühungen der Weimarer Republik als Aufgabe gestellt war. Schritt für Schritt legte Schütte die Grundlagen für die heute sich abzeichnenden Wandlungen. Es begann mit einer beispielhaften Landschulreform, d.h. mit der Zusammenfassung vieler kleiner Landschulen zu annähernd 300 vollausgebauten Mittelpunktschulen.

Zugleich wurde die Förderstufe erprobt und alsbald gesetzlich verankert, und die ersten Gesamtschulen konnten versuchsweise aufgebaut werden. Zudem waren das 9. Pflichtschuljahr eingeführt und Einrichtungen des zweiten Bildungsweges - das "Hessen-Kolleg" - errichtet worden. Eine zweimalige Novellierung der Schulgesetze war erforderlich, um die Wege zu öffnen für den jetzt folgenden zügigen Ausbau eines Netzes von Gesamtschulen im ganzen Lande. Daneben brachte Schüttes Gesetz über das Lehramt an öffentlichen Schulen vom 6. Juli 1966 (novelliert am 30. Mai 1969) die akademische Lehrerausbildung an hessischen Universitäten als Voraussetzung für die Ausbildung der Lehrer für die Schule von morgen.

Als erster Kultusminister in der Bundesrepublik legte Schütte 1965 ein Hochschulgesetz vor, das als zukunftsweisend galt und 1966 vom hessischen Landtag verabschiedet werden konnte. Noch kurz vor seiner Amtsniederlegung bereitete er ein neues Hochschul-Rahmengesetz und hierzu ein detailliertes Universitätsgesetz sowie das dazugehörige Fachhochschul- und Kunsthochschulgesetz vor, um inzwischen beobachteten Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Ernst Schüttes Ziel war in allen diesen Jahren die Demokratisierung des Schulsystems sowie die Modernisierung seiner Organisation, seiner Struktur und seiner Bildungsziele gewesen. Die innere und äußere Form aller Bildungseinrichtungen erschienen ihm, der sich einst als Arbeitersohn das Abitur und das Universitätsstudium mühsam hatte erkämpfen müssen, entscheidend, um Jugend wie Erwachsenen mehr Bildungsgerechtigkeit und das Glück persönlicher Entfaltung zu ermöglichen.

Hety Schmitt-Maass  
(-/25.10.1972/bgy/ex)

+ + +

## Ständiger Ausschuß keine Spektakelbühne

Ein notwendiges Vorwort zur Sitzung vom 30. Oktober

Von Karl Wienand

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im VI. Bundestag

Am 30. Oktober 1972 wird erstmalig seit dem Bestehen der Bundesrepublik der im Grundgesetz-Art. 45 vorgesehene Ständige Ausschuß zusammentreten. Damit rückt ein Verfassungsgorgan in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, das bisher ein eher verborgenes Dasein geführt hat.

Der Ständige Ausschuß hat in Anlehnung an den Überwachungsausschuß nach Art. 35 der Verfassung der Weimarer Republik die Aufgabe, die Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden zu wahren. Der Ständige Ausschuß ist also vornehmlich dazu aufgerufen, darüber zu wachen, daß die Bundesregierung keine Zuständigkeiten für sich beansprucht, die nach dem Grundgesetz dem Bundestag zukommen, und daß sie nicht sonstwie die Rechte des Parlaments verletzt. Ein Forum publicum für die große Politik, ein Ersatzparlament, in dem - wie im Bundestag - vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit die große Debatte um das bessere politische Konzept abrollt, ist der Ständige Ausschuß dagegen nicht.

Nun ist freilich gerade in Zeiten des Wahlkampfes diese vom Grundgesetz gewollte Konzeption in besonderer Gefahr, aus sehr vordergründigen Erwägungen beiseite geschoben zu werden. Der Versuchung, den Ständigen Ausschuß als willkommene Plattform für die eigene Profilierung als Wahlkämpfer zu benutzen, ist in der Tat nicht jeder gewachsen. Gleichwohl gilt es, diesen Ausschuß, wenn er nicht nur zur Spektakelbühne werden und damit seine wirkliche Aufgabe verfehlen soll, freizuhalten von bloßer Agitation, die nur für "draußen" gedacht und bestimmt ist.

Vor allem an diesen Gesichtspunkt wird der Ausschuß daher

zu denken haben, wenn er über seine Verfahrensweise nachdenkt. Wer glaubt, hier müßten die für das Bundestagsplenum geltenden Regeln sinngemäß Anwendung finden, macht sich die Sache zu einfach. Er übersieht die deutlichen Gefahren, die in dem vordergründigen, verfassungsrechtlich verfehlten Vergleich zwischen Ständigem Ausschuß und Bundestagsplenum liegen. Das mag wohl auch der Grund sein, weshalb sich die Opposition hier offenbar noch keine einheitliche Meinung gebildet hat.

Denn eines ist klar: Wenn Dr. Gerhard Schröder als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses den Vorschlag macht, der Bundesausse-  
minister möge doch über die Ergebnisse seiner China-Reise im Ständigen Ausschuß, statt im Auswärtigen Ausschuß berichten, so geht er ersichtlich davon aus, daß der Ständige Ausschuß - wie auch der Auswärtige Ausschuß - nicht öffentlich tagt. Anderenfalls wäre nämlich sein Vorschlag schlechterdings unverständlich. Dagegen sähen es einige seiner Parteifreunde wohl lieber, wenn die Sitzungen des Ständigen Ausschusses öffentlich wären.

Es mag derzeit nicht erforderlich sein, für den Ständigen Ausschuß eine Geschäftsordnung zu beschließen, weil er zwischen dem 30. Oktober und dem 19. November, dem Datum der Bundestagswahl, wohl kaum häufiger zusammentreten wird. Gleichwohl ist die mit einer solchen Geschäftsordnung verbundene Problematik bedeutsam genug, daß eines klar sein sollte:

Wie immer der Ständige Ausschuß sein Verfahren handhaben wird, es kann damit kein Präjudiz für eine Regelung gesetzt werden, die vom Geschäftsordnungsausschuß des VII. Deutschen Bundestages - gegebenenfalls unter Verwertung einschlägiger Überlegungen der sicherlich neu zu berufenden Enquête-Kommission für die Verfassungsreform - sorgfältig und ohne Zeitdruck für ein künftiges Tätigwerden des Ständigen Ausschusses vorzubereiten sein wird.

(-/25.10.1972/bgy/ee)

Heinrich Böll und die Hinterwäldler  
-----

Ein Nachwort zur Verleihung des Literatur-Nobelpreises

Heinrich Bölls exemplarische Ehrung durch die Verleihung des Literatur-Nobelpreises, der ersten an einen deutschen Dichter und Schriftsteller seit Thomas Mann, hat ein weltweites Echo gefunden. Überaus zahlreiche Stimmen aus den meisten Staaten der westlichen und der östlichen Polit-Hemisphären haben das Ereignis positiv gewürdigt. Die Tatsache, daß Böll ein engagierter Denker und Schreiber ist, hat natürlich zwangsläufig differenzierte Aussagen ergeben, aber über diese Verschiedenheiten hinweg sind die Würdigungen dennoch einmütig zustimmend geblieben. Der Tenor des Weltechos ist also bejahend in dem Feststellungs-Ergebnis, daß das Nobelpreiskomitee eine glückliche Hand gehabt habe, als es sich zur Ehrung von Heinrich Böll entschloß.

Damit wird die Nobelpreis-Verleihung an den im christlichen Humanismus ruhenden und zum prinzipiellen Bekenntnis zum sozialen Progressivismus entschlossenen Böll auch eine Ehrung für uns Deutsche, für die wir dankbar sind. Die breitgefächerten Aussagen aus allen Kreisen der Bundesrepublik entsprechen diesem Fazit auch dort, wo man gegen den Mann und gegen sein Werk Vorbehalte anzumelden hat. Diese bemerkenswerte Übereinstimmung wird praktisch nur an einer einzigen Stelle unterbrochen.

Von der ersten Minute des Bekanntwerdens der Preisverleihung an Heinrich Böll hat der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern, Franz Josef Strauß, kritisiert. Sein kleinkariertes Gewerbe, das dann natürlich pflichtgemäß von seinen Parteigängern im Münchener Parteistab übernommen worden ist, läuft im Grunde auf Verdächtigungen hinaus, die das politische Wirken des Katholiken Böll in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative in einen Zusammenhang mit der Tatsache bringt, daß der Preis aus einem skandinavischen Land kommt. Und für Strauß ist Skandinavien gleich sozialdemokratisch, und sozialdemokratisch ist für ihn gleich Feind, und wer diesem Feind nutzt, der gehört für Strauß unters verbaie Fallbeil.

Es lohnt sich nicht, das Strauß-Verdikt gegen Heinrich Böll hier etwa wörtlich zu zitieren. Es genügt, wenn die Tatsache als solche registriert und niedriger gehängt wird. Heinrich Böll wird den Aufstand des CSU-Hinterwäldlertums überstehen, er literarisch, und wir mit ihm: politisch.

(cc/25.10.1972/ks/cc)



### Privatisiertes Beschäftigungsrisiko

Von Hans-Jürgen Junghans, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

"In Deutschland hat es nie in den letzten 20 Jahren eine Arbeitslosigkeit gegeben." Diese nun wirklich erstaunliche Feststellung hat Prof. Dr. Ludwig Erhard in einem Fernsehinterview getroffen. Vor ihm hatte schon der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl in einer Fernsehdiskussion eine ähnliche Behauptung aufgestellt.

Der Arbeiter im Ruhrgebiet, mit diesen Behauptungen konfrontiert, wird denken, er müsse einen Alptraum gehabt haben, wenn er sich an die Rezession des Winters 1967/68 erinnert. Viele Familien in Ostfriesland oder in Passau müssen das als eine nachträgliche Verhöhnung empfinden. Was sich damals in den Arbeitsämtern abgespielt hat, das sollte also eine normale "Saisonarbeitslosigkeit" gewesen sein? Ist es das, was die CDU unter "Vollbeschäftigung" versteht? War dieses "bißchen Arbeitslosigkeit" vielleicht ein Instrument zur Disziplinierung der Arbeiter, zur "Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos" - wie es neuerdings wissenschaftlich verbrämt ausgedrückt wird?

Aus der situationsbedingten Taktik in die Enge getriebener CDU-Politiker scheint sich eine CDU-Strategie zu entwickeln. Sie bestätigt alle Befürchtungen, die Sozialdemokraten haben, wenn die CDU von "Stabilität" spricht. Wenn zwei dasselbe sagen, meinen sie noch lange nicht dasselbe.

Statt der Behauptungen hier die nackten Zahlen:

#### Die Arbeitslosenquoten<sup>1)</sup> im Bundesgebiet

	Januar	Februar	März
1955	1,3	1,3	0,9
1966	1,3	1,1	0,7
1967	2,9	3,1	2,7
1968	3,2	2,8	2,2
1969	1,8	1,8	1,2
1970	1,3	1,2	0,9
1971	1,3	1,2	1,0
1972	1,7	1,7	1,2

1) Arbeitslose in Prozent der abhängig Erwerbstätigen (ohne Soldaten) nach dem Mikrozensus.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Hier zeigt sich: von "Saisonschwankungen" oder "normaler Winterarbeitslosigkeit" konnte in den von der CDU heraufbeschworenen

Krisenwintern keine Rede sein, Der nachträgliche Versuch einer Rechtfertigung entlarvt sich selbst. Dazu noch ein Blick auf die absoluten Arbeitslosenzahlen der Krisenmonate:

Arbeitslose

	<u>1967</u>	<u>1968</u>	<u>1972</u>
Januar	621 000	673 000	375 564
Februar	673 000	590 000	368 952
März	576 000	460 000	268 461

Wie stark der damalige Wirtschaftsrückschlag auf den Beschäftigungsstand wirkte, ist aber nicht nur in den Arbeitslosenziffern abzulesen. Wir müssen noch hinzunehmen, daß allein die Zahl der Gastarbeiter beispielsweise von September 1966 bis zum Frühjahr 1968 um 400 000 abgenommen hatte. Und das war noch nicht Ausdruck der Selbstbeschränkung bei der Verpflichtung ausländischer Arbeitnehmer. Mit allen sozialen Härten war das ein Zeichen dafür, wie den verantwortlichen CDU-Wirtschaftspolitikern die Entwicklung aus den Händen gegliiten war.

Und noch etwas bleibt in die Erinnerung zurückzurufen. Wenn die Bundesrepublik insgesamt eine Grippe befällt, so kann das für einzelne Landstriche eine Lungenentzündung bedeuten. Gerade damals gab es bei uns regionale Bereiche, in denen bis zu 25 % der Beschäftigten arbeitslos waren - was selbstverständlich auf die ortsansässigen Gewerbetreibenden nicht ohne ernste Auswirkungen geblieben ist. Am 31. Januar 1968 gab es im Arbeitsamtbezirk Leer (Ostfriesland) 15 % Arbeitslosigkeit, im Arbeitsamtbezirk Passau 22 % Arbeitslose. Darum haben Sozialdemokraten damals die gezielte Förderung wirtschaftlich schwach entwickelter Gebiete systematisch in Angriff genommen.

All das heute bagatellisieren zu wollen heißt, den Bürgern in der Bundesrepublik ein schwaches Gedächtnis zuzutrauen und zeigt, wo die Interessen der CDU und CSU hinter bedeutendem Wortschwall in Wahrheit stehen.

Wenn es um konkrete Maßnahmen zur Konjunkturpolitik geht, dann bleibt die Opposition regelmäßig die Antwort schuldig. Wie sagte Professor Erhard in dem erwähnten Fernsehinterview, als er nach einem konkreten Beispiel gefragt wurde, wo gespart werden könnte: "In den öffentlichen Haushalten schlechthin". "Schlechthin" mit CDU und CSU?

---

Verantwortlich: Rudolf Dux